

Geopolitische Ernüchterung nach Afghanistan

Zur Rede Steinmeiers vor der UNO

Arne C. Seifert

Bundespräsident Steinmeier bewertet den „Fall von Kabul“ als Zäsur und fordert „Realismus in der Außenpolitik“. Zum Trauma Afghanistan folgert US-Präsident Joe Biden: „Wir müssen aus unseren Fehlern lernen. (...) Wir haben gesehen, wie eine Mission zur Terrorismusbekämpfung in Afghanistan – Terroristen fassen und Anschläge stoppen – in *Aufstandsbekämpfung* (kursiv A.S.) und *nation-building* abglitt. Mit einer Orientierung, Afghanistan zu demokratisieren, zu unitarisieren und zu einigen. Etwas, was in der jahrhundertelangen Geschichte Afghanistans noch nie erreicht wurde.“ (...) „Bei dieser Entscheidung über Afghanistan (den Krieg der USA zu beenden – A.S.) geht es nicht allein um Afghanistan. Es geht darum, eine Ära großer Militäroperationen zur Umgestaltung anderer Länder zu beenden.“ Bei jener „Ära großer Militäroperationen“ handelt es sich um „Greater Middle East“, proklamiert 2004 von den US-Präsidenten George H. Bush und George W. Bush. Man wollte den islamisch geprägten Nahen und Mittleren Osten durch die „Förderung von Frieden, Demokratie, Menschenwürde, Rechtsstaatlichkeit, wirtschaftlichen Chancen und Sicherheit“ umkrepeln. „Förderung“ erwies sich als gewaltsame Interventionspolitik, so im Irak und in Afghanistan. Sie haftet im historischen Gedächtnis der Region: „Westlicher Supermacht“ ging und geht es um *regime change*, Neuordnung der Hierarchien souveräner Staaten und ganzer Regionen mit jahrzehntelangen desaströsen inneren Nachwirkungen, Kriegen, al-Qaida und „Islamischer Staat“.

Vor einem solchen Hintergrund ist die transatlantische Allianz mit ihrer Strategie „NATO 2030“ dabei, die in Afghanistan gescheiterte Antiterrorstrategie um einen Operationsraum „Süd“ mit einem „breiten geografischen Gebiet Nordafrika und großen Teilen des Nahen und Mittleren Ostens bis hin zu den afrikanischen Ländern südlich der Sahara und Afghanistan“ zu erweitern. Sie verkoppelt Operationsraum „Süd“ und Operationsraum „Ost“. „Eine klare Trennung zwischen diesen beiden Flanken verliert (...) an Bedeutung: Der Süden und der Osten sind im Hinblick auf Russland, das im Mittelmeerraum eine immer wichtigere Rolle spielt, an den Nahtstellen (und geographisch durch den westlichen Balkan) miteinander verbunden. In den nächsten zehn Jahren wird daher ein 360-Grad-Sicherheitskonzept, in welchem der Süden für die NATO

an Bedeutung gewinnt, ein Muss sein.“ So das neue NATO-Konzept. Aber das Verkopplern beider Räume wird auch deren Gefahren in beide Richtungen transportieren und das wird für Europa relevant sein. Diese Vervielfachung von Gefahren mag auch Steinmeier durch den Kopf gegangen sein, als er im Rahmen der Generaldebatte am 24. September 2021 vor der 76. Generalversammlung der Vereinten Nationen sprach. „Wir haben unser Ziel erreicht, furchtbaren Terror zu besiegen“ (aber) (...) wir haben es in zwei Jahrzehnten nicht vermocht, trotz größter Anstrengungen und Investitionen eine selbsttragende politische Ordnung in Afghanistan zu errichten.“ Steinmeier erwähnte jedoch nicht, dass jene in Afghanistan angestrebte Ordnung der US-Agenda „Greater Middle East“ entsprach.

„Was folgt aus dem Scheitern?“

Damit brachte Steinmeier Gesichtspunkte zur Sprache, nach welchen auch des Westens derzeitige Ostkonfrontation zu hinterfragen ist: „Wir müssen realistischer sein in der Definition und Priorisierung unserer Ziele und Interessen. (...) Deutsche und europäische Außenpolitik darf sich nicht aufs Rechthaben und Verurteilen beschränken. (...) Mehr Offenheit in der Suche nach Lösungswegen und Schnittmengen – auch mit denen, die anders sind als wir.“ „In der Realität sind politische Systeme niemals perfekt. Nirgendwo. Folglich können sie weder exportiert, geschweige denn oktroyiert werden. Nicht durch missionarischen Eifer, sondern indem wir die Kraft der Demokratie bei uns selbst zum Leuchten bringen“, so Steinmeier.

Die Überlegungen zweier bedeutender Staatsoberhäupter im „Moment der geopolitischen Ernüchterung“ sind des Nachdenkens wert. Besser noch, sie würden einen Politikwechsel im Interesse friedlicher Koexistenz zwischen West, Ost und Süd unter den pluralen soziokulturellen- und Wertebedingungen Eurasiens und Afrikas auf ihre Tagesordnung setzen. 🌐

Dr. Dr. h.c. Arne Seifert, Botschafter a.D.

geb. 1937, Senior Research Fellow des WeltTrends-Instituts für Internationale Politik; jüngste Publikation bei *WeltTrends*: „Friedliche Koexistenz in unserer Zeit – Der neue Kalte Krieg und die Friedensfrage“

A.u.P.Seifert@t-online.de

